
Hinweise aus Online-Beteiligung zu Maßnahmenvorschlägen aus AG 4 „Verkehr“

Hinweis: Bei den in diesem Dokument aufgeführten Maßnahmenvorschlägen handelt es sich um Vorschläge, die in Phase 1 des Beteiligungsprozesses (Konzeptionsphase) von den beteiligten Akteuren erarbeitet wurden. Es handelt sich hierbei nicht um die abschließenden Maßnahmen für den Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen. In der Phase 2 des Beteiligungsprozesses (Differenzierungs- und Vernetzungsphase) konnten die Vorschläge der Akteure aus Phase 1 von nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen, Unternehmen und sonstigen Akteursgruppen im Rahmen der unterschiedlichen Beteiligungsformate – darunter die Online-Beteiligung – kommentiert sowie weitere Maßnahmen vorgeschlagen werden.

KS-M122 Projekt der Landesregierung: Einrichtung des Politikforums Nahmobilität

Die Landesregierung soll ein Politikforum Nahmobilität einrichten und in diesem Zusammenhang Dialogveranstaltungen für politisch Verantwortliche in Städten, Gemeinden und Landkreisen durchführen, um die Neuausrichtung kommunaler Verkehrspolitik im Hinblick auf die Förderung einer klimaschonenden Nahmobilität zu bewirken.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Fakten und Probleme hinreichend bekannt, Zielerreichung wird angezweifelt.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M123 Projekt der Landesregierung: Bewerbung der Mitgliedschaft in der AGFS

Die Landesregierung soll gemeinsam mit der AGFS für die Mitgliedschaft der Städte, Gemeinden und Kreise in der AGFS werben, um die Nahmobilität in NRW stärker als bisher als Basismobilität zu verankern.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M124 Projekt der Landesregierung: Mobilitäts-Leitlinien für Kommunen

Die Landesregierung soll in einem kooperativen Beteiligungsprozess unter Einbeziehung relevanter Akteure aus Bürgerschaft, Verwaltung, Politik, Wirtschaft u.a. ein Mobilitätsleitbild für Kommunen erstellen, um die kommunale Verkehrspolitik stärker als bisher auf die Förderung von klimaschonenden Verkehrsträgern auszurichten.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Leitlinien sollten auf große Städte und ländliche Regionen abgestimmt sein.
- Nicht auf Landesebene sinnvoll. Sinnvoller Bestandteil kommunaler Klimaschutzkonzepte.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Leitlinien sollten Wirtschaftsverkehre einbeziehen und - neben der differenzierten Betrachtung der einzelnen Verkehrsträger - Effizienzsteigerungen insgesamt durch verbesserte Verkehrsorganisation berücksichtigen (Einbeziehung sämtlicher relevanter Zielstellungen).
- Ergänzend sollte Plattform zum Austausch über „best-practice“ bzgl. Gestaltungsmaßnahmen der Verkehrsorganisation geschaffen werden.

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- In engen Städten i.d.R. schwer zu realisieren.

KS-M125 Rechtliche Regelung und Förderung: Optimierung der Signalisierung zugunsten des Rad- und Fußverkehrs

Die Landesregierung soll geeignete finanzielle Rahmenbedingungen schaffen und sich - falls notwendig - auf Bundesebene für erforderliche rechtliche Änderungen einsetzen, um die Kommunen zu unterstützen, bei der Umstellung von Lichtsignalanlagen die Belange des Rad- und Fußverkehrs stärker zu berücksichtigen. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Attraktivität des Rad- und Fußverkehrs zu steigern.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Stadt Detmold prüft bereits auf solche Optimierung der Signalisierung.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- In engen Städten i.d.R. schwer zu realisieren.

KS-M126 Projekt der Landesregierung: Leitfaden Nahmobilität für politische Entscheidungsträger

Die Landesregierung soll gemeinsam mit Kommunen einen Leitfaden Nahmobilität für politische Entscheidungsträger als Argumentationshilfe bei diesbezüglichen kommunalen Entscheidungen erstellen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Inhaltlich zu berücksichtigen: Verleih von Lastenfahrrädern, Bike Sharing, Car Sharing.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Städte und ländliche Regionen sind unterschiedlich zu bewerten.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- In engen Städten i.d.R. schwer zu realisieren.

KS-M127 Initiative auf Bundesebene: Sicherstellung der Finanzierung des ÖPNV im Rahmen des Bundesregionalisierungsgesetzes

Die Landesregierung soll sich in den entsprechenden Gremien dafür einsetzen, dass die staatliche Kofinanzierung der Aufgabenträger des ÖV durch die Bundesmittel im Rahmen des Bundesregionalisierungsgesetzes stärker als bisher bedarfsentsprechend fortgeschrieben wird. Ziel ist es, dass Bus und Bahn als klimafreundliche Verkehrsträger konkurrenzfähig bleiben.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Aufgrund schwieriger Rahmenbedingungen ist deutlich erhöhte öffentliche Finanzierung des ÖV erforderlich – hier sollte Umverteilung vom MIV erfolgen (z.B. über LKW-/PKW-Maut, Steuererhöhungen).

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- In engen Städten i.d.R. schwer zu realisieren.

KS-M128 Rechtliche Regelung und Förderung: Einrichtung von Mobilpunkten in Städten zur optimalen Verknüpfung von Car Sharing, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr

Die Landesregierung soll die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen und die Kommunen fördern, um die Nutzung von Car Sharing auszuweiten und optimal mit den Verkehrsträgern des Umweltverbundes (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr) zu verknüpfen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Erweiterung um Fahrgemeinschaften (Mitfahrerparkplätze), öffentliche Fahrradverleihsysteme und Lademöglichkeiten für Pedelecs/E-Roller/E-Fahrzeuge prüfen.
- Rechtliche Prüfung bzgl. der Ausweisung von CarSharing-Stellplätzen erforderlich.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Stadt Detmold plant Einrichtung von Mobilitätspunkten im Rahmen des KS-Teilkonzeptes Verkehr.
- Finanzielle Förderung konkretisieren.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Eindeutige Definition und Eingrenzung des Begriffs CarSharing erforderlich, Abgrenzung von „free floating Mietwagenflotten“ wie car2go, drive now etc.
- Einbezug von „free floating Mietwagenflotten“ wirkt kontraproduktiv und gefährdet Nutzung des ÖPNV.
- AG Gesamtmobilität des VRR als Praxisbeispiel.

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- In engen Städten i.d.R. schwer zu realisieren.

KS-M129 Rechtliche Regelung und Förderung: Qualitativ und quantitativ verbesserter Ausbau des Öffentlichen Verkehrs

Die Landesregierung soll die finanzielle Förderung des qualitativen und quantitativen Ausbaus öffentlicher Verkehrsmittel ausweiten und die Verteilung der zusätzlichen Gelder an klimaschutzrelevante Kriterien knüpfen. Es können u.a. Engpässe im Netz beseitigt oder Kapazitätsverbesserungen durch Taktverdichtungen bzw. den Einsatz von Doppelstockwagen sowie Busspuren nach individueller Problemlage ermöglicht werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Ergänzung um Aspekt Vandalismus im ÖPNV.
- Ergänzung um Aspekt funktionierende Schnittstellen - Abstimmung der Verkehrsmittel beim Umsteigen.
- Lösungen für: Fahrradmitnahme im Bus.
- Ergänzung: massive Aufstockung der PR-Parkplätze.
- Verweis auf gute Praxisbeispiele: KölnTicket (Verbindung Eintrittskarte und ÖPNV-Karte), JobTicket.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- In engen Städten i.d.R. schwer zu realisieren.

KS-M130 Projekt der Landesregierung: Prüfung der Klimaschutzrelevanz von Einrichtung und Ausbau regionaler Schnellbuslinien

Die Landesregierung soll eine Studie in Auftrag geben, die im Hinblick auf Klimaschutzaspekte die Effizienz von Einrichtung bzw. Ausbau regionaler Schnellbuslinien in bestimmten Regionen des Landes prüft. Als Beispiele können die Schnellbuslinien S 50 - S 90 im Münsterland dienen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Risiko, dass Schnellbuslinien Fahrgäste von Schienenverbindungen abziehen und diese in ihrem Bestand gefährden. Dadurch Gefahr, dass langfristig Gesamtfahrgastzahlen von Bus und Bahn sinken.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Sinnvoll als Ergänzung zum Schienenverkehr.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- In engen Städten i.d.R. schwer zu realisieren.

KS-M131 Förderung: Bewirtschaftung von Beschäftigtenparkplätzen an Verwaltungsstandorten, Schulen und weiteren städtischen Behörden und Eigenbetrieben

Die Landesregierung soll eine Bewirtschaftung von Beschäftigtenparkplätzen in kommunalem Eigentum an Schulen und bei städtischen Behörden fördern, die dazu geeignet ist, den in diesen Einrichtungen Beschäftigten einen Anreiz zu bieten, auf den ÖPNV oder das Fahrrad umzusteigen. In Landesministerien können die Beschäftigten bereits jetzt eine Parkberechtigung nur durch Erwerb eines Monatsticket für den ÖPNV erlangen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Alternative Angebote initiieren: Diensträder/-pedelecs auch zur privaten Nutzung.
- Alternative Angebote initiieren: Fahrgemeinschaften, hierbei E-Fahrzeuge bevorzugen.
- Ausweitung auf Beschäftigte an nachgeordneten Landesbehörden (Bezirksregierungen, Finanzämter etc.) zu empfehlen, auch bei Dienstreisen im öffentlichen Dienst .
- Förderung der ÖPNV-Nutzung (Dienstreisevorschriften); Kopplung an verwaltungsinterne Programme zur Gesundheitsförderung; Vorzüge von Firmentickets herausstellen.
- Grundsätzlich Verhältnismäßigkeit beachten (bei übermäßig erhöhtem Zeitaufwand mit ÖPNV).

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Ballungsgebiete mit stark ausgeprägtem ÖPNV-Netz und ländliche Regionen unterschiedlich bewerten.
- Hierfür kein Landesgeld verwenden.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- In engen Städten i.d.R. schwer zu realisieren.

KS-M132 Projekt der Landesregierung: Prüfung der Weiterentwicklung von Anreizinstrumenten zur Erhöhung der Fahrgastzahlen im ÖPNV

Die Landesregierung soll eine Studie vergeben, in deren Rahmen die bestehenden tariflichen Angebote mit dem Ziel geprüft werden, ob über sinnvolle Weiterentwicklungen, die mit Preisreduzierungen einhergehen, Nutzerinnen und Nutzer des motorisierten Individualverkehrs zum Umstieg auf den ÖPNV motiviert werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Inhaltliche Vorschläge für Studie: Nutzung von BahnCard auch im Nahverkehr ermöglichen.
- Inhaltliche Vorschläge für Studie: werbewirksame Ticketbezeichnungen („Flatrate“).
- Inhaltliche Vorschläge für Studie: lokale Modellprojekte zu Kooperationen mit dem örtlichen Einzelhandel.
- Inhaltliche Vorschläge für Studie: Vorauszahlungsmodelle mit Preisvergünstigung (z.B. Dreimonatstickets).

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- In engen Städten i.d.R. schwer zu realisieren.

KS-M133 Initiative auf Bundesebene: Befreiung des elektrifizierten ÖPNV von der Stromsteuer

Die Landesregierung soll eine Initiative auf Bundesebene zur Befreiung der Betreiberinnen und Betreiber von elektrisch betriebenen ÖPNV- und SPNV-Angeboten von der Stromsteuer einleiten, um den Betreiberinnen und Betreibern, Aufgabenträgerinnen und Aufgabenträgern die Finanzierung von Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV und SPNV zu erleichtern.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Ausweitung der Förderung auf Omnibus von allen Betreibern (auch private, die bundesweit 60% Anteil haben) , z.B. durch Rückvergütung der Treibstoffsteuern u. Zuschüsse zu Fahrzeugkäufen. Prüfung der Rechtssicherheit (EU-Beihilfe Problematik).
- Beibehalten der Großverbraucherrabatte im Rahmen der Energiewende für Verkehrsunternehmen.
- Befreiung davon abhängig machen, ob Strom aus regenerativen Energiequellen stammt.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Eingrenzung auf Fahrstrom, nicht für Unterbringung und Wartung der E-Fahrzeuge
- ergänzend Depots mit selbstversorgenden PV-Anlagen ausstatten

KS-M134 Rechtliche Regelung und Förderung: Optimierung der Klimafreundlichkeit des ÖPNV durch alternative Konzepte auf schwach ausgelasteten Strecken

Die Landesregierung soll die geeigneten finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um ÖPNV-Auftraggeberinnen und -Auftraggeber und Verkehrsunternehmen bei der Entwicklung intelligenten Nahverkehrskonzepte zu unterstützen, durch die bestehende ÖPNV-Angebote in Schwachlastzeiten und nachfrageschwachen Räumen wirtschaftlicher und flexibler gestaltet werden können. Ziel ist es, den ÖPNV auch auf schwach ausgelasteten Strecken oder zu nachfrageärmeren Zeiten, z.B. durch den Einsatz von Rufbussen und Anruf-Sammeltaxen, attraktiv zu gestalten.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Initiativen unterstützen, die bestehende Bahntrassen erhalten und reaktivieren wollen.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Beauftragung von Taxi-Betrieben für den Einsatz als Anrufsammeltaxi.
- Anreize wären Fahrzeugfinanzierungen und vertraglich gesicherte Grundauslastungen.

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Verweis auf bestehende Konzepte in Oberberg.

KS-M135 Förderung: Modellprojekt Kommunales Mobilitätsmanagement

Die Landesregierung soll die Erstellung von nachhaltigen Mobilitätskonzepten zur Veränderung der Verkehrsnachfrage beispielhaft in zwei Modellkommunen fördern, um aufzuzeigen, dass bei abgestimmter Planung der Personenverkehr attraktiver und nachhaltiger gestaltet werden kann.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Verweis auf Klimaschutzteilkonzept Verkehr der Stadt Detmold: Unterstützung von klimafreundlichem Mobilitätsverhalten der Mitarbeiter.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Verweis auf bestehende Projekte, die CarSharing und ÖPNV vernetzen (Stadt Düsseldorf: E-Carflex; Dortmund: Metropol-E).
- Deutscher Taxi- und Mietwagenverband BZP als Kooperationspartner.

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M136 Förderung: Zertifikat Mobilitätsmanagement unter der Dachmarke Mobil.Pro.Fit

Die Landesregierung soll den Start des Projektes fördern, in dessen Rahmen durch ein Workshop- und Beratungsprogramm mit anschließender Zertifizierung die mit einem Mobilitätsmanagement verbundenen Nutzenpotentiale gehoben werden sollen. Ziel ist es, unter der Dachmarke „Mobil.Pro.Fit“ Unternehmen zu motivieren, die Mobilität ihrer Beschäftigten auf dem Weg von der Wohnung zur Arbeit, aber auch auf Dienst- und Geschäftsreisen nachhaltig und klimafreundlich zu gestalten.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Kopplung mit unternehmerischen Programmen zur Mitarbeiter-Gesundheitsförderung, ggf. in Kooperation mit Krankenkassen.
- Erweiterung der Zielgruppe um Schulen, Universitäten, öffentlichen Dienst.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M137 Projekt der Landesregierung: Weiterentwicklung des Netzwerks „Verkehrssicheres NRW“ zu einem landesweiten Netzwerk für Verkehrssicherheit und Mobilitätsmanagement

Die Landesregierung soll das Netzwerk „Verkehrssicheres NRW“ bei gleichzeitiger Erweiterung um die Unterstützungsleistung für kommunales Mobilitätsmanagement verstetigen. Dadurch soll langfristig ein Unterstützungssystem für die Kommunen im Hinblick auf eine zukunftsfähige, multimodale und sichere Mobilität etabliert werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M138 Lehrpläne: Stärkere Verankerung der Mobilitätserziehung in den Lehrplänen des Landes

Die Landesregierung soll die Mobilitätserziehung stärker in den Lehrplänen des Landes verankern, um bereits bei Schülerinnen und Schülern ein im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes nachhaltiges Mobilitätsverhalten zu fördern.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Verkehrsträger Flugzeug berücksichtigen;
- Empfehlung zur Einrichtung eines gesonderten Schulfachs „Umwelt(-schutz)“ mit Mobilitätsverhalten als Teilaspekt
- Verkehrserziehung soll laut Erlass seit 20 Jahren in die Lehrpläne, wird jedoch nicht umgesetzt.
- sollte sich nicht allein auf Autos und Motorräder beschränken.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Vorschläge für inhaltliche Ausgestaltung/Projekte: 1. Wettbewerb „Schule ohne Taxi Mutti“, 2. Fördermittel zur sicheren Schulweggestaltung, 3. Projekt „Mit dem Fahrrad zur Schule“.

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M139 Initiative auf Bundesebene: Novellierung der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV)

Die Landesregierung soll eine Initiative auf Bundesebene zur Änderung der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV) einleiten, um die Verbraucherinformation zu den CO₂-Emissionen von PKW zu verbessern.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Spritverbrauch statt Gewicht als Bemessungsgrundlage nehmen;
- jetzige Kennzeichnung ist falsch und unfair

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Bestimmung der Kraftstoff-Verbräuche durch Auto-Hersteller bisher nicht praxisnah.

KS-M140 Projekt der Landesregierung: Kommunikationskampagne „Spritsparinitiative“

Die Landesregierung erstellt unter Einbeziehung relevanter Akteure (u.a. ADAC, VDA, VCD, VZ, Energieagentur, IHK, Kommunen) ein Gesamtkonzept für eine Kommunikationskampagne mit Berücksichtigung unterschiedlicher Medien, Zielgruppen und Kommunikationskanälen, um motorisierte Verkehrsteilnehmer zu einem sparsameren Fahrverhalten zu motivieren.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Maßnahme flächendeckend umsetzen, dabei auch Fuhrparks von Unternehmen berücksichtigen (Schulung der Mitarbeiter).
- Schwerpunkte auf ältere motorisierte Verkehrsteilnehmer, da jüngere in Fahrschule entsprechend geschult werden.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Hierfür kein Landesgeld verwenden.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Maßnahme kann sehr dazu beitragen, Kraftstoffverbrauch erheblich zu reduzieren.

KS-M141 Initiative auf Bundesebene: Herabsetzen der Höchstgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften auf Tempo 30

Die Landesregierung soll eine Initiative auf Bundesebene für eine Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) einleiten, um Tempo 30 km/h als Höchstgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften zu etablieren, weil dadurch THG-Emissionsminderungen erwartet werden können.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Tempobeschränkungen generell aus Gründen der Verkehrssicherheit festzulegen.
- Rahmenbedingungen für Umsetzung problematisch: jetzige Tempo-50-Strecken sind auf diese Geschwindigkeit ausgelegt.
- Nachteil: Widerstand der autoaffinen Bevölkerung.
- Nachteil: Neuausrichtung aller betroffenen Ampelschaltungen, Neuplanungen aller ÖV-Linienpläne, Rückbau der Straßen auf ein Tempo-30-Niveau aufwändig und teuer.
- Verringerung der Emissionen fraglich: zunehmende Staus und längere Aufenthaltszeiten der Fahrzeuge in Städten, ferner volkswirtschaftliche Schäden und höhere Unzufriedenheit.
- Tempo 30 sollte Standard werden, Ausnahmen erlaubt.
- Positive Effekte auf Lärm- und Schadstoffemissionen, erhöhte Lebensqualität in den Städten.
- Attraktivitätssteigerung von ÖPNV, Fußgänger- und Radverkehr.
- Erhöhte Sicherheit und Aufenthaltsqualität.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Verweis auf Klimaschutzteilkonzept der Stadt Detmold.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Anordnung von Tempo 30 bereits in ausreichendem Rahmen möglich.
- Innerörtlicher MIV bereits vielfachen Belastungen ausgesetzt.
- Herausforderung für Logistikunternehmen (unzureichende Verkehrsverbindungen, Zufahrtsbeschränkungen, Mangel an Stellflächen, hohes Verkehrsaufkommen), dadurch größerer Fuhrpark.
- Wirtschaftliche Notwendigkeiten beachten.
- Verringerung der Emissionen fraglich durch zunehmende Staus und zähfließenden Verkehr mit erhöhten Aufenthaltszeiten laufender Fahrzeuge – fließender Verkehr hier effektiver.

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Staus und längere Stillstandzeiten bringen nur geringe Einsparungen, jedoch Unzufriedenheit und volkswirtschaftliche Schäden (Zeitverlust)

KS-M142 Förderung: Kampagne NRW-KIDS-MOBIL

Die Landesregierung soll die Kampagne NRW-KIDS-MOBIL fördern. Dabei geht es um einen Austausch von Ideen und erfolgreichen Aktivitäten zur Verbesserung des Mobilitätsbewusstseins bei Kindern mit dem Ziel, die individuellen Anfahrten per Pkw zu Kita und Schule zu reduzieren.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Verweis auf „Walking Bus“ als gutes Beispiel.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M143 Beratung und Information zum Umwelt- und Mobilitätsverhalten

Geeignete Institutionen sollen ihr Umweltberatungsangebot zu einer Umwelt- und Mobilitätsberatung weiterentwickeln, um die Verbraucherinnen und Verbraucher bei ihren Bemühungen um klimaverträgliche Mobilität zu unterstützen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- In Kombination mit Stärkung von ÖPNV und Radwegeverbindungen „gefühlte“ Vorteile durch Autonutzung identifizieren und gegensteuern.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Hierfür kein Landesgeld verwenden.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M144 Förderung: Ausweitung der Beratungen zu Klimaschutzaspekten bei Kauf und Nutzung eines Pkw

Die Landesregierung soll geeignete Organisationen finanziell bei der Ausweitung ihrer Beratungstätigkeit und der Aufbereitung relevanter Informationen zu Klimaschutzaspekten bei Kauf und Nutzung von Pkw unterstützen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Mit notwendiger Änderung des Energielabels für PKW starten

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M145 Initiative auf Bundesebene: Tempolimit 120 km/h auf BAB in NRW

Die Landesregierung soll eine Initiative auf Bundesebene für ein Tempolimit 120 km/h auf BAB in NRW einleiten, um die CO₂-Emissionen bei Autobahnfahrten zu senken.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Zielerreichung fraglich durch Staus und längere Stillstandzeiten.
- nicht Tempo der Autos interessant, sondern Schadstoffausstoß.
- Maßnahme kontraproduktiv im technologischen Sinn (neue Techniken zum Treibstoffsparen).
- Richtgeschwindigkeit als gute Lösung mit international extrem niedrigen Unfallwerten.
- Streckenweises Fehlen von Tempolimits animiert Auto-Hersteller zur Konstruktion leistungsstarker, energieintensiver Motoren
- Streckenweises Fehlen von Tempolimits fördert gefährliche Fahrweise bei hohen Geschwindigkeiten.
- Anpassung an europäische Standards daher empfehlenswert (Verweis auf Frankreich und angrenzende Nachbarländer).

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Verweis auf weitere europäische Staaten mit Tempolimits als gute Beispiele (z.B. Niederlande).

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Nicht erforderlich, Verweis auf niedrige und sinkende Unfallzahlen auf Autobahnen.
- Tempo 120 bereits in ausreichendem Rahmen ausweisbar, in Kombination mit bewährten Maßnahmen zur Stauvermeidung (flexible Geschwindigkeitsregelungen, Freigabe von Standstreifen in Spitzenzeiten)

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Empfehlung der M145, da bei dieser Geschwindigkeit optimale Drehzahl mit niedrigstem Verbrauch.

KS-M146 Initiative auf Bundesebene: Herabsetzen der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen auf Tempo 100

Die Landesregierung soll eine Initiative auf Bundesebene für eine Änderung der StVO einleiten, um Tempo 100 km/h auf Autobahnen sowie Tempo 80 km/h auf Autobahnabschnitten in der Nähe von Wohnbebauung als Höchstgeschwindigkeit zu etablieren, weil dadurch THG-Emissionsminderungen erwartet werden können.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Einwände bzgl. Zielerreichung: durch Widerstand in Bevölkerung.
- Einwände bzgl. Zielerreichung: durch Verhinderung von technologischen Innovationen
- Einwände bzgl. Zielerreichung: durch Staus und längere Stillstandszeiten.
- Richtgeschwindigkeit sehr gute Lösung mit niedrigen Unfallwerten.
- Vorab Prüfung durch Simulationsprogramme, ob Reduzierung der Geschwindigkeit zu Emissionsminderung ohne Verkehrschaos führt.
- Fehlendes Tempolimit verhindert Innovationen Richtung Energieeffizienz.
- Fehlendes Tempolimit begünstigt Entwicklung schneller Autos.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Autobahnen grundsätzlich sehr sicher mit sinkenden Unfallzahlen.
- Tempo 100 (80) bereits heute im Bedarfsfall ausweisbar.
- Wirtschaftliche Notwendigkeiten beachten (Standortfaktor!).

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M147 Initiative auf Bundesebene: Herabsetzen der Höchstgeschwindigkeit auf Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften auf Tempo 80

Die Landesregierung soll eine Initiative auf Bundesebene für eine Änderung der StVO einleiten, um Tempo 80 km/h als Höchstgeschwindigkeit außerhalb geschlossener Ortschaften zu etablieren, weil dadurch THG-Emissionsminderungen erwartet werden können

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Synergien mit Verkehrssicherheit (Verringerung der Unfallzahlen).

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Tempo 80 kann bereits angeordnet werden, wo erforderlich.

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Mit verminderter Geschwindigkeit sinkt der Fahrwiderstand und Verbrauch.

KS-M148 Projekt der Landesregierung: „Mobilitäts-Wende NRW“ und „NRW Klimafreundlich mobil“

Die Landesregierung soll unter Einbeziehung relevanter Akteure aus u.a. Verbraucher-, Umwelt- und Verkehrsverbänden sowie den Verkehrsverbänden Konzepte für Öffentlichkeitskampagnen im Sinne einer klimafreundlichen Mobilität erstellen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Zuerst Angebote fertig stellen, Kommunen dabei unterstützen.
- Anregung zu folgender inhaltlicher Reihenfolge bei Kampagne: 1. NRW ohne Drängelgitter, 2. Flächendeckendes Tempo 30, 3. 396 Kommunen mit einem Verbindungsnetz aus Fahrradstraßen, 4. 50 autofreie Innenstädte für NRW, 5. ÖPNV Seilbahnen für NRW

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M149 Förderung: Entwicklung betrieblicher Verantwortungssysteme zur ganzheitlichen Betrachtung und Optimierung unternehmerischer Prozesse und deren ökonomischen, ökologischen und sozialen Effekte

Die Landesregierung soll die Entwicklung betrieblicher Verantwortungssysteme fördern, die der Effizienzsteigerung, Ressourcenschonung und Emissionsreduzierung in logistischen Prozessen dienen. Ziel ist eine ganzheitliche Betrachtung und Optimierung unternehmerischer Prozesse und deren ökonomischer, ökologischer und sozialer Auswirkungen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Vermeidung unnötiger Transportwege (Bsp. Lebende Tiere).
- Vorrang von Schienen (und Schiffs?)-Verkehr vor Autoverkehr.
- Zertifizierung von Umweltmanagement bereits möglich, deshalb keine weiteren Regularien und Vorschriften erlassen.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Bestehende „Best-Practice-Anwendungen“ verbreiten

KS-M150 Förderung: Entwicklung von IT-Lösungen zur unternehmensübergreifenden Steigerung von Effizienz, Ressourcenschonung und Emissionsreduzierung

Die Landesregierung soll die Entwicklung von IT-Lösungen zur unternehmensübergreifenden Steigerung von Effizienz, Ressourcenschonung und Emissionsreduzierung fördern. Ziel ist die ganzheitliche Betrachtung sowie die effektive und effiziente Gestaltung und Optimierung von Prozessen in unternehmensübergreifenden Wertschöpfungs-Netzwerken.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- IT-Lösungen als wichtiger Baustein in ökologischen Effizienzstrategien, Information und Beratung gerade für KMU wertvoll.
- Hinweise zur Ausgestaltung: Dopplung mit bestehenden Aktivitäten in dem Bereich vermeiden.
- Hinweise zur Ausgestaltung: Kohärenz mit vorhandenen Systemen beachten;
- Hinweise zur Ausgestaltung: Orientierung an weltweiten Standards + Lösungen.
- Akzeptanz- und Wirtschaftlichkeitsfragen beachten.

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M151 Projekt der Landesregierung: Effizientere Nutzung der Straßeninfrastruktur durch Lang-Lkw

Die Landesregierung soll sich an dem laufenden bundesweiten Feldversuch zur Erprobung des Lang-Lkw beteiligen, um u.a. des-sen Klimaeffekt zu überprüfen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Frage der Belastbarkeit von Straßeninfrastrukturen vorab klären.
- Einhaltung von Sperrgebieten in Wohngebieten sicherstellen.
- Befürchtung, dass weitere Verlagerung von Transporten von Schiene auf Straße stattfindet.
- Verweis auf stärkere Straßenbelastung und Lärmemissionen, Fragen der Verkehrssicherheit.
- Betonung, dass aus NRW als Mitte Deutschlands Depotverkehre in alle Richtungen möglich sind.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Gehört nicht in KSP NRW. Laufendes Projekt ausreichend.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Teilnahme NRW (hohe Verkehrsdichte, wirtschaftsgeographische Lage, Standort für Handel und Industrie, große infrastrukturelle Herausforderungen) erhöht Belastbarkeit der Datenbasis und motiviert (bzw. ermöglicht z.T. erst) weitere Unternehmen zur Teilnahme am Feldversuch.
- Verweis auf positive Erfahrungen in Niederlanden und diverse Pilotversuche, Zwischenergebnisse und Studien (u.a. TÜV-Rheinland, BaSt): günstigere Achlastverteilung verringert Beanspruchung der Straßeninfrastruktur, Verbindung mit multimodalen Behälterverkehren stärkt kombinierten Verkehr zum Nutzen aller Verkehrsträger (Kostensenkungspotenziale bei Vor- und Nachlauf im Kombiverkehr), verbesserte Auflösung von Stausituationen.
- Feldversuch unter wissenschaftlicher Begleitung ergebnisoffen halten.
- Verweis auf obligatorische Assistenzsysteme zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Verweis auf Schäden an Brücken.

KS-M152 Förderung: Alternative Kühlkonzepte für Lieferfahrzeuge

Die Landesregierung soll die Forschung für alternative Kühlkonzepte für Lieferfahrzeuge mit dem Ziel der CO₂-Reduktion im temperaturgeführten Transport von Lebensmitteln auf der Straße fördern.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M153 Förderung: Informationstechniken zur Gestaltung ökologisch und ökonomisch nachhaltiger Logistiknetze

Die Landesregierung soll den Einsatz von Informationstechniken organisatorisch und finanziell fördern, die geeignet sind, um Verkehrsströme im Sinne eines bestmöglichen Verkehrsflusses und damit auch zur Verringerung verkehrsbedingter Emissionen zu lenken.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- IT-Lösungen wichtiger Baustein ökologischer Effizienzstrategien, zur Routenoptimierung in der Transportbranche bereits weit verbreitet, motiviert durch hohen Kosten- und Wettbewerbsdruck im Transportwesen.
- Sollte in Verbindung mit weiteren Maßnahmen zur Verstetigung von Verkehrsströmen geplant werden.
- Rolle der Kommunen und des Landes beim Austausch mit Beteiligten hervorheben.

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M154 Förderung: Urban Retail Logistics - Integrierte Belieferungskonzepte, effiziente Ressourcennutzung

Die Landesregierung soll zur Weiterentwicklung der Feindistribution in städtischen Räumen Forschungsprogramme für die Logistik auf der letzten Meile fördern, um unnötige Transporte zu vermeiden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Hierfür kein Landesgeld verwenden.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Effiziente Planung muss Kapazitäten, zeitliche Vorgaben und externe Rahmenbedingungen, wie z.B. Zufahrtsbeschränkungen in Einklang bringen.
- Optimierte Tourenführungen und Arbeitsmethoden sowie minimierter Fahrzeugeinsatz als Bestandteil der Entwicklung in wettbewerbsintensivem Marktumfeld.
- Akzeptanz- und Wirtschaftlichkeitsfragen müssen bei Beurteilung am Anfang stehen, um tragfähige Lösungen zu erarbeiten
- Vorab Einbeziehung bei Beurteilung: Kundenorientierung der Dienstleistungen
- Vorab Einbeziehung bei Beurteilung: "Effizienzschwelle" ab der Einsparungen durch Prozessinnovationen möglichen Mehraufwand rechtfertigen.
- Besondere Rolle fällt Kommunen zu: setzen Rahmenbedingungen für innerstädtische Logistik
- Verstärkte "vertikale" Kooperation
- zwischen Kommunen, Transporteuren und Kunden – ist geeignet, bedarfsgerechte, an lokalen Bedingungen orientierte Lösungen zu fördern.
- Gewandelte Anforderungen des Marktes beachten: kleinere Sendungsgrößen in kürzeren Zyklen über zunehmend größere Strecken.

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Einsatz von IT kann zusätzliche Belastungen für die Innenstädte verringert.
- Verschiebung der Anlieferung in Nachtstunden durch geräuscharme Logistik zu betrachten.
- Starke Zunahme von Verteilverkehren aufgrund von E-Commerce.
- Aktueller Trend der Wiedere

KS-M155 Förderung: Qualifizierungs- und Bildungskonzepte für die Logistikbranche

Die Landesregierung soll die Entwicklung und Durchführung von Qualifizierungs- und Studienkonzepten für die Logistikbranche fördern, um die Beschäftigten zur Optimierung effizienter und somit klimaverträglicher Logistikprozesse zu befähigen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Hierfür kein Landesgeld verwenden.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M156 Förderung: Berichterstattung/ Wettbewerb zum Thema herausragende Aktivitäten in den Bereichen Handel und Logistik zur Vermeidung unnötiger Transporte

Die Landesregierung soll Öffentlichkeitsarbeit organisatorisch und finanziell fördern, damit die Konsumentinnen und Konsumenten über die Auswirkungen ihrer Kaufentscheidungen auf logistische Prozesse und damit auf den CO₂-Ausstoß informiert werden und Umdenkprozesse eingeleitet werden können. Ziel ist es, regionale Wertschöpfungsketten zu fördern, um unnötige Transporte und entsprechende externe Effekte zu vermeiden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Hierfür kein Landesgeld verwenden.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M157 Projekt der Landesregierung: Studie zu den klimarelevanten Auswirkungen des Onlinehandels für die individuelle CO2-Bilanz

Die Landesregierung soll eine Studie zur Klimabelastung durch den Onlinehandel (elektronischer Handel bzw. Second Hand/Weiterverkauf) im Vergleich zum entsprechenden konventionellen Handel in NRW beauftragen. Konkret soll die Frage untersucht werden, ob und ggf. in welchem Umfang durch Online-Handel verkehrsbedingte CO2-Emissionen seitens Wirtschaft bzw. Verbraucherschaft erhöht werden. Die Untersuchung sollte sich fokussieren auf die Bereiche Elektronikgeräte, Textilien/Schuhe, Bücher sowie Lebensmittel. Die Bilanz sollte Hinweise geben auf mögliche Einsparpotenziale und eventuellen Handlungsbedarf.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Investition in Bereitstellung von Paketshops sowie Informationstechnologie notwendig
- Versorgungsfunktionen von Verkehren und Ansprüche an individuelle Daseinsführung müssen Niederschlag in Betrachtungen finden
- Innovationswettbewerbe möglich, um Lösungen für dringliche Probleme zu erarbeiten
- Online-Handel kein lokales Thema – vielmehr spielen Fragen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eine große Rolle.
- Online-Handel als Ausdruck internationaler Arbeitsteilung und Vernetzung
- Dynamik des Marktsegmentes beachten

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M158 Rechtliche Regelungen, Wissenschaftlicher Beirat: Verbesserung der Strukturen für den Güterverkehr auf der Schiene durch Ertüchtigung und Ausbau der notwendigen Infrastruktur

Die Landesregierung soll in ihren Plänen, insbesondere im Landesentwicklungsplan (LEP), die Rahmenbedingungen so gestalten, dass der Ausbau der Schieneninfrastruktur stärker als bisher gefördert wird, um mehr Straßengüterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Zudem soll sie einen wissenschaftlichen Beirat für Intermodalität installieren.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Wissenschaftlicher Beirat als eigene Maßnahme sinnvoll. Aufgaben konkretisieren.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- An vielen Stellen ist das ehemals vorhandene Schienennetz entfernt worden

KS-M159 Runder Tisch: Reaktivierung vorhandener Gleisanschlüsse für Gewerbegebiete und Unternehmen

Die Landesregierung soll die relevanten Akteure vor Ort an einen Tisch bringen, um Möglichkeiten zur Reaktivierung von Gleisanschlüssen zu diskutieren. Ziel ist die Verlagerung von Straßengüterverkehren

auf die Schiene.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Bei nichtstaatlichen Aktienunternehmen wie DB ist Gewinnmaximierung prioritär, Nachhaltigkeit nachrangig.
- In Regionen wo heute vorwiegend private Bahnunternehmen agieren, kann Reaktivierung von Gleisanschlüssen funktionieren.
- Rahmenbedingungen für Schienengüterverkehr generell verbessern.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M160 Projekt der Landesregierung: Fortschreibung Masterplan Elektromobilität

Die Landesregierung soll ihre Strategien zur Förderung von Elektromobilität im Rahmen des Masterplans fortschreiben, um die Klimaschutzpotentiale dieses innovativen Antriebes und dessen Etablierung am Markt weiter zu fördern.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Marketingaktivitäten verstärken.
- Zweiräder, ÖPNV oder alternative Antriebsarten einbinden.
- Bildung regionaler Netzwerke und deren Unterstützung.
- Best Practice Beispiele berücksichtigen.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Viele Kommunen in NRW in Haushaltsicherung und Nothaushalt.
- Nur als Pflichtaufgabe besteht Möglichkeit, zukunftsweisende Mobilität voranzutreiben. Andernfalls vergrößert sich für diese Kommunen das Infrastrukturdefizit.
- Schienengebunden und Pedelecs

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M161 Förderung: Forschung und Entwicklung zur Elektromobilität und zur Effizienzsteigerung von Antrieben und Einsatz alternativer Antriebe

Die Landesregierung soll im Rahmen von EU-Förderprogrammen ab 2014 Projekte unterstützen, die sich auf eine Effizienzsteigerung von Antriebstechnologien beziehen. Ziel ist es, Forschung und Entwicklung in den Bereichen Fahrzeugtechnik, elektrische Speicherung sowie Infrastruktur und Netze zu unterstützen und so die Marktreife von alternativen Antrieben zu beschleunigen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Besonderer Schwerpunkt auf Erneuerbare Energien und Netze zu legen.
- Ansätze zu Smart Factory oder Smart City betrachten.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Viele Kommunen in NRW in Haushaltsicherung und Nothaushalt.
- Nur als Pflichtaufgabe besteht Möglichkeit, zukunftsweisende Mobilität voranzutreiben. Andernfalls vergrößert sich für diese Kommunen das Infrastrukturdefizit.
- Schienengebunden und Pedelecs

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M162 Projekt der Landesregierung: Kommunikations- und Informationskampagnen zur Elektromobilität und zu Alternativen Antrieben

Die Landesregierung soll mit geeigneten Maßnahmen die Öffentlichkeit über Chancen von Elektromobilität und anderen alternativen Antrieben informieren, um die Akzeptanz für alternative Fahrzeugantriebe zu stärken.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Erschwingliche Fahrzeugpreise nötig.
- Bundesweites Netz von Ladestationen nötig.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Mittel besser für lokale Umsetzung verwenden.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M163 Förderung: Beschleunigung der Entwicklung und der Marktdurchdringung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen

Die Landesregierung soll ein Förderprogramm für elektrisch betriebene Fahrzeuge auflegen. Das Ziel dieser Maßnahme ist die Beschleunigung der Entwicklung der Elektromobilität von Pkw hin zu technischer und organisatorischer Marktreife. Ferner soll die Marktdurchdringung durch die Schaffung von Kaufanreizen für entsprechende Fahrzeuge gefördert werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Nutzverkehre zu betrachten: bisher gibt es keine OEMs, die e-Fahrzeuge > 3,5t oder 7,5 t Gesamtlast anbieten. Gerade diese Fahrzeuge sind ökologisch sinnvoll, v.a. in Innenstädten. Parallel Zugangsmodalitäten für andere Fahrzeuge zu prüfen.
- Besondere Förderung von e-Wirtschaftsverkehren in Nahversorgung. Z.B. durch Modellprojekte.
- Indirekte Förderung über EVUs oder Stadtwerke und Stärkung von deren Geschäftsmodelle sinnvoller.
- Nachteil: finanzielle Unterstützung für e-Autos hilft eher denen, die sich e-Fahrzeuge ohnehin leisten könnten.
- Gefahr, dass "falsche" Fahrzeuge gefördert werden könnten.
- Vom BMVI vorgestellte Förderideen nicht neu und nur mit unwesentlichen Effekten, zumal es z.B. in vielen Städten keine separaten Busspuren gibt.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Entwicklung der Elektromobilität sollte unabdingbar an den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energieträger gekoppelt werden.
- Anreize nicht (nur) über Kaufanreize setzen.
- Förderung nur bei Nachweis von Stromversorgung nur mit zusätzlichem Ökostrom.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- Anwendungsfelder im Bereich LNfz, Verteiler- oder Sonderfahrzeugen für lokale Verkehre prädestiniert.
- Bei entsprechender Kennzeichnung im Testbetrieb kann hohe Sichtbarkeit für Öffentlichkeit wachsende Akzeptanz erzeugen.

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M164 Förderung: Ausbau der Versorgungsinfrastruktur für Wasserstoff

Die Landesregierung soll den bedarfs- und Klimaschutzgerechten Bau und temporär den Betrieb von Wasserstofftankstellen zur Versorgung von Brennstoffzellenfahrzeugen fördern.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Wasserstoff dringend zu fördern.
- Kommunen können Kosten für M164 nicht tragen.
- Wasserstoff ist, wenn nicht vor Ort vorhanden, ökologisch und ökonomisch zweifelhaft.
- Errichtung von Wasserstofftankstellen dürfte bei Bevölkerung zu Widerstand führen.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M165 Förderung: Einsatz wasserstoffbetriebener Busse im Regelbetrieb

Die Landesregierung soll den Einsatz von Bussen mit Wasserstoff-brennstoffzellenantrieb und den Ausbau von Wasserstofftankstellen nach bedarfsgerechten Gesichtspunkten fördern. Ziel dieser Maßnahme ist die Integration wasserstoffbetriebener Busse in den emissionsfreien Regelbetrieb und der Einsatz von erneuerbaren Energien im Straßenverkehr.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Verstärkter Einsatz im ÖPNV verschafft Wasserstofftechnologie bessere Entwicklungsmöglichkeiten und Popularität
- Erweiterung um Einsatz von Bussen, auch wasserstoffbetriebenen, für Pendler aus ländlichen Regionen in die Städte und zurück, Beispiel Pendelbusse Schwalmtal - Düsseldorf Hbf.
- Denkbar wäre Förderung der Fahrpreise durch Land NRW
- Marketing, das sich an Firmen richtet
- Arbeitgeber könnten sich an Finanzierung des Projekts beteiligen
- ÖPNV generell modernisieren statt mit Gießkanne ÖPNV-Betreiber mit Technologien ausstatten, die diese aktuell nicht wollen, da finanzielle Herausforderungen sehr hoch sind

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Förderung erst bei gutem Kosten/Klimaschutz Verhältnis
- Wissenschaftlich zu untersuchen, unter welchen Bedingungen Förderung von Wasserstoffbussen gutes Kosten/Klimaschutz-Verhältnis hat - auch im Vergleich zu anderen Maßnahmen (Elektromobilität / Erdgas)

KS-M166 Initiative auf Bundesebene: Eco-Taxi Zertifikat für NRW

Die Landesregierung soll eine Initiative auf Bundesebene zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes einleiten, damit die Voraussetzungen geschaffen werden, besonders umwelt- und klimafreundliche Taxen mit einem EcoTaxi-Zertifikat auszuzeichnen. Ziel ist es, bis 2020 mindestens zehn Prozent der NRW-Taxiflotte auf besonders umweltfreundliche Fahrzeuge umzustellen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Taxi-Konzessionen stärker an Umweltkriterien knüpfen (Erdgas, Elektro). Nicht per Zertifikate sondern über Vorgaben.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M167 Förderung: Modellprojekte zur Steigerung der Alltagstauglichkeit und Akzeptanz von Elektromobilität und weiteren alternativen Antrieben

Die Landesregierung soll Demonstrationsprojekte fördern, in denen die Alltagstauglichkeit alternativer Antriebe aufgezeigt wird, um die Marktreife derartiger Fahrzeuge zu beschleunigen sowie neue nutzerorientierte und wirtschaftliche Geschäftsmodelle voranzubringen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Möglichkeit der Umsetzung wären ggf. "Modell-/Pilotregionen" mit Erprobung bei verschiedenen Verkehrsträgern, Aufbau nötiger Infrastruktur, begleitender Öffentlichkeitsarbeit etc.
- Wichtig: Bereich e-Wirtschaftsverkehre
- Wichtig: Prüfen, wie Versorger mit konventionellen Antrieben durch Förderung auf den richtigen Weg gebracht werden. (z.B. Tagesrandzeit, Errichtung von Hubs, Nachtverkehre)
- Forschung, Entwicklung und Vermarktung von Elektromobilität im Pkw-Bereich wird bereits vom Bund und anderen gefördert.
- Auf finanzielle Förderung durch das Land verzichten

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M168 Initiative auf Bundesebene und Förderung: Erzeugung von Biokraftstoffen aus Rest- und Abfallstoffen

Die Landesregierung soll sich in den geeigneten Gremien dafür einsetzen, dass die EU-rechtlichen Vorgaben so angepasst werden, dass Biokraftstoffe der 2. Generation wettbewerbsfähig werden, sowie Markteinführungsprogramme für diese Kraftstoffe aufgelegt werden. Die Landesregierung soll zusätzlich entsprechende Landesforschung fördern.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Biokraftstoffe sind nur aus Rest - und Abfallstoffen zu generieren, allerdings müssten Motoren der Fahrzeuge dafür ausgelegt sein.
- Für Biokraftstoff dürfen nicht extra Pflanzen angebaut werden, Ackerflächen ausschließlich zur Erzeugung von Nahrungsmitteln nutzen.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Maßnahme streichen. Biomasse nur für Wärme-/Stromerzeugung.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- Prinzip der Kaskadennutzung (erst stoffliche, dann energetische Nutzung) berücksichtigen.

KS-M169 Projekt der Landesregierung: Einrichtung eines Runden Tisches zur Diskussion über die Umstellung des Strombezugs für Straßenbahnen/ Stadtbahnen und Stadtbahnstationen auf regenerative Energien

Die Landesregierung soll die in Frage kommenden Verkehrsbetriebe zu einem Runden Tisch einladen, um zu ermitteln, wie die Umstellung des Strombezugs auf regenerative Energien befördert werden kann. Es soll ein Austausch zu bereits realisierten best-practice-Beispielen stattfinden und diskutiert werden, welche Möglichkeiten das Land hat, die Umstellung zu unterstützen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M170 Initiative auf Bundesebene: Weiterentwicklung der Grundsteuer zu einer Flächennutzungssteuer

Die Landesregierung soll eine Initiative auf Bundesebene einleiten, um die Grundsteuer zu einer Flächennutzungssteuer weiterzuentwickeln, damit ein stärkerer Anreiz besteht, innerstädtische Siedlungsbrachen wieder zu nutzen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M171 Rechtliche Regelung: Neuaufstellung des LEP unter stärkerer Berücksichtigung von klimawirksamen Aspekten der Siedlungsentwicklung

Die Landesregierung soll die derzeit laufende Neuaufstellung des LEP an den Zielen der flächen- und verkehrssparenden Siedlungsentwicklung sowie der Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien ausrichten.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Berücksichtigung gezielter und geplanter Rückbaumaßnahmen in schrumpfenden Regionen
- im Gebäudebereich wie auch von Straßen und sonstiger Verkehrsinfrastruktur.
- Zu beachten: Derzeit bedienen kleinere Bauträger zwar gerne Bauwillige mit Neubauten, bekommen aber keine finanzierbaren Grundstücke in stadtnahen Bereichen und sehen Existenz bedroht.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M172 Förderung: Interkommunale Kooperation

Die Landesregierung soll die interkommunale Zusammenarbeit durch die Subventionierung von Projekten zwischen benachbarten Kommunen fördern. Ziel ist es, deren Planung optimal abzustimmen und verkehrsinduzierende Infrastrukturen zu vermeiden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M173 Förderung: Brachflächenrevitalisierung und Innenentwicklung

Die Landesregierung soll die Städtebauförderung so ausgestalten, dass die Revitalisierung bestehender Brachflächen gegenüber der Neuentwicklung von Flächen deutlich bevorzugt wird. Ziel ist es, kurze Wege in der Stadt zu realisieren, die verstärkt zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden können.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M174 Projekt der Landesregierung und Förderung: Initiative „Kombinierter Verkehr und Logistik NRW“

Die Landesregierung soll ein Konzept für eine Initiative „Kombinierter Verkehr und Logistik NRW“ zur Sicherung geeigneter Flächen für multimodale Umschlaganlagen erstellen. Um eine optimale Verkehrsanbindung dieser Flächen zu erreichen, sollen auf der Grundlage eines Wettbewerbes Modellprojekte von Unternehmen des Kombinierten Verkehrs und der Logistik gefördert werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Verweis auf Schwerverkehrsabgabe nach schweizerischem Modell.
- Ausdehnung des Empfängerkreises auch auf Kommunen und kommunale Gesellschaften (vgl. Förderung von KV-Terminals in den 90er Jahren im Rahmen von City-Logistik-Konzepten).
- Ordnungspolitische Initiativen, etwa um Kostenvorteile des Straßengüterverkehrs zu verringern und externe Effekte zu internalisieren.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M175 Initiative auf Bundesebene: Weiterentwicklung der Grunderwerbssteuer zu einer Neuversiegelungssteuer

Die Landesregierung soll eine Initiative auf Bundesebene einleiten, um die bestehende Grunderwerbsteuer zu einer Neuversiegelungssteuer weiterzuentwickeln und so den Flächenverbrauch einzudämmen und städtebauliche Innenentwicklung zu stärken.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M176 Initiative auf Bundesebene und rechtliche Regelungen: Seehäfen-Hinterlandverkehre besser anbinden

Die Landesregierung soll Einfluss auf die europäischen und nationalen rechtlichen Vorschriften nehmen und ihre eigenen Vorschriften mit dem Ziel ändern, die Hafenstandorte in NRW besser anzubinden und dadurch zu stärken. (Ausbaugesetze für alle Verkehrsträger, Haushaltsgesetze des Bundes und der Länder am Rhein, Verkehrswegeplanung, staatliche Hafenkonzepte, Benennung zur Kofinanzierung für Transeuropäische Netze (TEN)). Ziel ist es, Multimodalität zu erhöhen und Verkehre auf klimafreundliche Verkehrsträger zu verlagern.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M177 Projekt der Landesregierung: Studie zur Verbesserung der Stromversorgung für Kühl-Lkw auf Bundesautobahn (BAB)-Raststätte

Die Landesregierung soll im Rahmen einer Machbarkeitsstudie prüfen, wie parkende Lkw extern und effizient mit Strom für den Betrieb von Kühlaggregaten versorgt werden können. Dabei geht es insbesondere um die Installation von Stromtankstellen oder Ladesäulen auf großen BAB-Rastplätzen sowie die Entwicklung geeigneter Abrechnungssysteme. Ziel ist es, CO₂-, Lärm- und Luftschadstoffemissionen zu vermeiden, die bisher dadurch entstehen, dass die Kühlaggregate mit Hilfe des Lkw-Motors mit Strom versorgt werden.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Ausweitung auf Gewerbestandorte empfohlen.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M178 Initiative auf Bundesebene: Straße finanziert Straße

Die Landesregierung soll eine Initiative auf Bundesebene einleiten, mit dem Ziel, die Bundesmittel für bedarfsgerechten Erhalt, Aus- und Neubau der Straßeninfrastruktur zu erhöhen. Ziel ist die Verbesserung des Verkehrsflusses und eine Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Vorschlag würde Verkehrsemissionen nicht sinken, sondern weiter ansteigen lassen.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Maßnahme streichen da ohne Klimaschutzwirkung.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M179 Projekt der Landesregierung: Prüfung von Maßnahmen zur Motivation von PKW-Nutzern während der Wartezeit an roten Ampeln den Motor auszustellen

Die Landesregierung soll eine Studie in Auftrag geben, die unter Berücksichtigung verschiedener Kriterien (u.a. Größe der Kreuzung, Verkehrsdichte, Effizienz unter Klimaschutzaspekten) Maßnahmen erarbeitet, die insbesondere die Pkw-Fahrer zum Motorstopp während der Rotphasen motivieren, um so eine Minderung des Kraftstoffverbrauchs zu erreichen.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Vorschlag, Ampeln so auszustatten, dass sie durch Blinken die Autofahrer darauf hinweist, dass sie gleich über Gelb auf Rot schaltet.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Keine Studie notwendig. Besser Motorstopptechnik etablieren.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M180 Projekt der Landesregierung: Optimierung der verkehrstelematischen Infrastruktur

Die Landesregierung soll die Planung, Finanzierung und Umsetzung straßenverkehrstelematischer Maßnahmen über die Bereitstellung erforderlicher Finanzmittel im Haushalt vorantreiben. Ziel ist die Verbesserung des Verkehrsflusses und eine Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Maßnahme streichen da ohne Klimaschutzwirkung.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -

KS-M181 Projekt der Landesregierung: Beseitigung von Engstellen im Autobahnnetz durch Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel im Haushalt

Die Landesregierung soll die Engstellen im Autobahnnetz in NRW beseitigen, indem sie die erforderlichen Finanzmittel bereitstellt. Das Ziel ist es, durch eine Verminderung von Stauereignissen und die Verbesserung des Verkehrsflusses auf Autobahnen den Energieverbrauch sowohl des Pkw- als auch des Straßengüterverkehrs zu mindern.

Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung

- Maßnahme aus Sicht des Klimaschutzes nicht zielführend.

Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung

- Maßnahme streichen da ohne Klimaschutzwirkung.

Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung

- -

Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung

- -